

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Niklaus Gerber: Smartphones in Kinderhänden – oder: Die schädlichen Auswirkungen**
- **Camilla Hildebrandt: Gefahren der Handybenutzung bei Kindern und Sprachzerstörung durch Gendern**
- **Die Welt: "Müssen Schüler davor schützen" – ...**
- **Multipolar: Risikobewertung: Wer instruierte Wieler?**
- **Jörg Matysik: Wissenschaftler fordern radikalen Neuanfang beim RKI: Aufklärung statt Unterwürfigkeit**
- **Windräder in Feldern – Folgen für Bauern und Nahrungsmittelsicherheit**
- **Aktion Aufschrei: ... Nein zur Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie!**
- **TransitionNews: Deutschland will US-amerikanischen Atomwaffengegner ausweisen**
- **Ulrike Guérot: Rede auf Friedensdemo München 1.9.2024**
- **Peter Gauweiler: Unsere Werte? - Friedens-Demo Berlin - 03.10.2024**
- **Karin Leukefeld: Der schmutzige Krieg gegen die Palästinenser wird auf den Libanon ausgeweitet**
- **Thomas Röper: UN-Vollversammlung stimmt für das Ende der israelischen Besetzung Palästinas**
- **"Die USA haben Netanjahu nicht unter Kontrolle"**
- **Gabriele Krone-Schmalz: 37. Pleisweiler Gespräch mit Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**
- **Multipolar: Kujat: "Diesen Krieg kann niemand gewinnen"**
- **Effenberger & Mortasawi: Offener Brief an Joe Biden**
- **Leo Ensel: Raissa Gorbatschowa: Die Welt ahnt nicht, was sie dieser Frau verdankt!**

**Wollen wir eine Brücke schlagen von Mensch zu Mensch
– und dies gilt auch von einer Brücke des Erkennens und Verstehens –
so müssen die Brückenköpfe eben nicht die Köpfe, sondern die Herzen sein.**

Editorial

Die drei ersten Beiträge beschäftigen sich mit der **Digitalisierung in den Schulen**. Studien belegen, dass Smartphones in Kinderhänden schädliche Auswirkungen auf deren Entwicklung haben. Darum wird in anderen europäischen Ländern von der Digitalisierung im Klassenzimmer bereits wieder deutlich Abstand genommen.

Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Politik während der Covid-Pandemie und fragen kritisch nach der **Praxis des Robert-Koch-Instituts**, welches zum Teil ohne Beachtung von wissenschaftlichen Kriterien Entscheidungen verkündet hat. Ein zumindest EU-weites Thema ist die vielen Menschen unbekannt **Wirkung von Windrädern**, deren Mikropartikel die Landwirtschaft, das Grundwasser und damit unsere Ernährung dauerhaft belasten können.

Dann wenden wir uns dem Thema **Krieg und Frieden** zu. Zunächst kritisiert die 'Aktion Aufschrei' gegen die Absicht, Deutschland mit der neuen Sicherheitsstrategie "kriegstüchtig" zu machen. Verschiedene Friedensorganisationen haben am internationalen Weltfriedenstag dagegen protestiert. Wie ernst es den Politikern mit der **Aufrüstung** ist, zeigt der Ausweisungsantrag gegen einen US-Bürger, der sich den Protesten in Deutschland angeschlossen hat. Es wird um Unterstützung für ihn gebeten. Die **Stimmen gegen den Krieg** aus verschiedenen politischen Richtungen werden aber wieder lauter, so z.B. die von Ulrike Guérot am 1.9. in München oder von Peter Gauweiler am 3.10. in Berlin.

Zum **Krieg Israels** gegen Palästina und inzwischen auch gegen den Libanon berichtet Karin Leukefeld ausführlich über die erschreckenden Nachrichten. Gegen Israels völkerrechtswidriges Vorgehen hat die überwältigende Mehrheit der UN-Vollversammlung Stellung bezogen und von Israel **ein Ende und eine Wiedergutmachung gefordert**. In einem Interview geht Jaques Baud davon aus, dass Israels Regierung trotz seiner aggressiven Eigenmächtigkeit keines seiner Ziele erreicht.

Zum **Krieg in der Ukraine** bietet das Gespräch mit Gabriele Krone-Schmalz noch einmal einen guten Überblick. Harald Kujat erläutert, wie man hier zu **Verhandlungen** kommen kann. Wolfgang Effenberger und Amir Mortasawi fordern vom US-Präsidenten, mit dem "Krieg gegen Russland" Schluss zu machen. Abschließend erinnert Leo Ensel an die weithin unterschätzte Rolle, die Raissa Gorbatschowa **für den Weltfrieden** gespielt hat.

- **Niklaus Gerber: Smartphones in Kinderhänden – oder: Die schädlichen Auswirkungen**

Das, was die Smartphone-Nutzung bei Kindern und Jugendlichen anrichtet, kann man laut Niklaus Gerber in der Berufsbildung, den Gymnasien, an den Fachschulen und Universitäten, sowie gleichsam auf dem Arbeitsmarkt beobachten. Psychische Erkrankungen, Depressionen, Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS), Selbstverletzungen, Aggressionen, Cybermobbing, physische Gewalt und Suizidalität haben zugenommen. Denn durch die Smartphones werden soziale Kontakte in die digitale Welt verlagert, wodurch es zu oberflächlichen Freundschaften, Isolation und eine Schwächung der Selbstidentität und des Selbstvertrauens kommt. Zudem nehmen Schlafdauer und Schlafqualität ab, wodurch es zu Depressionen, Angststörungen, Reizbarkeit, kognitiven Problemen und beeinträchtigtem Lernen mit schlechteren Noten kommt. Die ständigen Unterbrechungen durch das sich meldende Smartphone führt auch zu einer verringerten Aufmerksamkeitsspanne. Außerdem sind die Smartphone-Apps so angelegt, dass sie zu ihrer intensiven Nutzung verführen, also den Nutzer davon abhängig machen. [Daher sollten die Geräte von den Schülern laut Gerber erst ab der Sekundarstufe 2, also ab ca. 15-16 Lebensjahren genutzt werden.](#) Gerber erinnert an die Aussage von Jonathan Haidt, dass erst ab einem Alter von ca. 16 Jahren die sogenannte “große Verdrahtung“ des Gehirns weitgehend abgeschlossen sei und vorher nicht durch den negativen Einfluss einer Smartphone-Nutzung gestört werden sollte.

[Niklaus Gerber](#) studierte nach einer Berufslehre als Maschinenmechaniker Maschinenbau. Nachdiplomausbildungen folgten in den Bereichen Computertechnologien, Betriebswirtschaft, Strategisches Management von Schulentwicklungen sowie E-Learning und Wissensmanagement. Heute ist er Inhaber und Geschäftsleiter der Beratungsfirma [‘NORDWÄRTS – Kompass für kompetente Führung’](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Camilla Hildebrandt: Lehrerzimmer: Gefahren der Handybenutzung bei Kindern und Sprachzerstörung durch Gendern**

Im Gespräch mit Camilla Hildebrandt [erläutert der Neurowissenschaftler Manfred Spitzer die massiven Gefahren der Handybenutzung, vor allem bei Kindern.](#) Die ausgeprägte Mediennutzung bei Kindern führt zu vermehrtem Autismus, schlechteren kognitiven Entwicklung, zu Augenschädigung (Kurzsichtigkeit), zur Gewichtszunahme (und dadurch bedingte Folgen). Die einsetzende Abwendung von der Digitalisierung in verschiedenen Ländern aufgrund der stark abfallenden Leistungen der Schüler (insbesondere bei schwächeren Schülern) sollte auch für uns das Signal für die Kultusministerkonferenz zum Verzicht auf digitale Medien in den Händen der Schüler sein. Spitzer erinnert daran, dass die Fülle an erworbener Bildung bis zum zwanzigsten Lebensjahr die Gefahr der Altersdemenz reduziert. Spitzer empfiehlt als Psychiater die Nutzung von digitalen Medien zu beschränken: keine Smartphones unter 14 Jahren, ab 14 Jahren nur unter Aufsicht. (Kontrafunk, bis 29m05 von 55m32)

Im zweiten Teil des Kontrafunk-Beitrags beschreibt der Linguist Josef Bayer die Zerstörung der Sprache durch das ideologisch bedingte Gendern.

[Camilla Hildebrandt](#) ist “mit Herz und Seele Radiojournalistin“ bei verschiedenen Sendern und setzt sich für Frauen, Kinder-Rechte, Bildung, politische und gesellschaftskritische Musik, Gesellschaft und Kultur von Lateinamerika sowie Menschenrechte ein. Sie wirkt zudem international als Radiotrainerin und Projektmanagerin für Teamarbeit, gesellschaftliches und kulturelles Miteinander. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Die Welt: **“Müssen Schüler davor schützen“ – Jetzt wachsen die Zweifel am digitalen Klassenzimmer**

Während die Digitalisierung von Schulen hierzulande gerade erst in Schwung kommt, rudern andere europäische Länder schon wieder zurück. Verschiedene Studien und Erfahrungen aus der Praxis haben Bedenken über die Folgen von zu langen Bildschirmzeiten für Kinder und Jugendliche befeuert: Die Konzentration leidet, schulische Leistungen werden schlechter. Ein Autorenteam der WELT gibt einen aktuellen [Überblick über den Stand der Digitalisierung in verschiedenen europäischen Ländern](#). In den nordeuropäischen Ländern ist die Verwendung moderner Technik im Klassenraum seit Jahren selbstverständlich; teilweise haben dort Laptops, Tablets und andere Geräte das klassische Schulbuch vollständig verdrängt. In Schweden wurde 2023 beschlossen, dass die Klassenstufen 1 bis 9 völlig handyfrei werden sollen und dass Schüler Handys im Unterricht nur auf Anweisung eines Lehrers benutzen dürfen und Geräte leichter beschlagnahmt werden können. In Dänemark, wo 72% der Schüler in nahezu jeder Schulstunde digitale Geräte nutzen, wurden wegen nachlassender Leistungen restriktive Empfehlungen der Regierung veröffentlicht. In den Niederlanden, wo in manchen Schulen ausschließlich auf Tablets und in individuellen Workshops statt im Klassenverband gelernt wurde, werden Verbote empfohlen. In Italien hat die Regierung ein altes Handyverbot ab dem neuen Schuljahr wieder eingeführt, um die Konzentration und die Handschrift zu fördern sowie die Autorität von Lehrern zu stärken. In Frankreich sollen Richtlinien für einen vernünftigen Gebrauch von Bildschirmmedien erarbeitet werden. Nachdem die vormalige Regierung die Nutzung von Bildschirmgeräten reduzieren wollte, lehnt die neue Labour-Regierung ein generelles Smartphone-Verbot ab. In Griechenland werden Schüler, die Handys im Unterricht aus der Schultasche holen, sanktioniert; damit soll die Konzentration auf den Unterricht, aber auch der Kontakt unter den Schülern gefördert werden. Andererseits wird ein Online-Nachhilfeprogramm für Schüler angeboten, die sich über die landesweiten Prüfungen für die Hochschulbildung bewerben.

[Inhalt](#) ↑

- Multipolar: **Risikobewertung: Wer instruierte Wieler?**

Die am 17.03.2020 vom Präsidenten des Robert Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, verkündete Hochstufung der Risikobewertung war Grundlage sämtlicher Lockdown-Maßnahmen und vieler Gerichtsentscheidungen zu Klagen von Betroffenen. Aber diese [Hochstufung war nicht das Ergebnis einer faktenbasierten Risikobewertung](#), sondern laut Bundesregierung eine Entscheidung “vom damaligen Präsidenten des RKI und dem damaligen Vizepräsidenten“. Ähnlich äußerte sich RKI-Vizepräsident Lars Schaade kürzlich vor dem Verwaltungsgericht Osnabrück. Weitere Personen des RKI, d.h. Personen mit fachlicher Einschätzung, sind demnach an der Entscheidung nicht beteiligt gewesen. Multipolar fragt sich, von wem Wieler und Schaade instruiert wurden. Eine Frage, die von Gerichten und parlamentarischen Untersuchungsgremien zu untersuchen sei. Im Zusammenhang mit der Frage erwähnt Multipolar, dass das RKI unter Fachaufsicht der Abteilung für Gesundheitssicherheit im Bundesgesundheitsministerium und damit von General Hans-Ulrich Holtherm stand, der an einer privaten internationalen Pandemieübung teilgenommen und als Erster der Bundesregierung Lockdown-Maßnahmen empfohlen hatte.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor (*"Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"*; *"Wer regiert das Geld?"*) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jörg Matysik: **Wissenschaftler fordern radikalen Neuanfang beim RKI: Aufklärung statt Unterwürfigkeit**

Die geleakten Dateien des Robert-Koch-Instituts (RKI) haben gezeigt, dass das RKI [wissenschaftliche Erkenntnisse während der Corona-Zeit verschwiegen](#) und dringend benötigte Daten erst gar nicht erhoben hat. Damit habe das RKI gegen die selbst formulierten Aufgaben, gegen die Beamtenpflicht und gegen das Demonstrationsrecht verstoßen. Daher fordern Wissenschaftler und Juristen, dass die Gründe für die massiven Verstöße gegen die Grundprinzipien der guten wissenschaftlichen Praxis aufgeklärt werden, dass die Staatsanwaltschaft gegen die rechtlich Verantwortlichen aktiv wird, und dass RKI und PEI (Paul Ehrlich-Institut) neu aufgestellt werden: Es dürfe keine Abhängigkeit von politischen Befehlen oder Industrieinteressen geben.

[Jörg Matysik](#), Jg. 1964, ist Chemiker und Professor an der Universität Leipzig. Er betreibt einen eigenen [Blog](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Windräder in Feldern – Folgen für Bauern und Nahrungsmittelsicherheit**

Eine Studie macht aufmerksam auf die bisher kaum wahrgenommene Gefahr, die Windräder in landwirtschaftlichen Flächen mit sich bringen. Sie [verteilen im Lauf der Zeit Partikel aus ihren Baustoffen, die sich in Nahrungsmitteln und Grundwasser anreichern](#) können und gesundheitsgefährdend sind. “Die in den Oberflächen heute üblicher Rotorblätter verwendeten Materialien Carbon/GFK/CFK sind synthetisch hergestellte Substanzen, die in der Natur nicht vorkommen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie gleichzeitig wasserabweisend (hydrophob), fettabweisend (lipophob) und schmutzabweisend wirken. Aufgrund ihrer hohen Stabilität werden die chemischen Verbindungen von Carbon/GFK/CFK durch die in der Umwelt üblichen Abbauprozesse praktisch nicht zerstört. Dementsprechend lassen sie sich auch dem Abwasser durch die in Kläranlagen gängigen Abbauverfahren, die im Wesentlichen auf dem Einsatz von Mikroorganismen beruhen, nicht entziehen. Mit anderen Worten: Sie verbleiben dauerhaft in den Böden oder im Grundwasser, so sie nicht in die Pflanzen aufgenommen werden und damit in die Nahrung von Mensch und Tier gelangen.

Carbon/GFK/CFK sind für Menschen und Tiere toxisch und stehen im Verdacht, in hohen Dosen fortpflanzungsgefährdend und krebserregend zu sein (u.a. Bisphenol-A) und werden mit Asbest gleichgesetzt (UBA 2020).

Diese Gefahren werden mit einiger Wahrscheinlichkeit über kurz oder lang zu Nutzungsverböten in einem Umkreis von mindestens 1‘000 Metern um Windradstandorte führen (müssen). Die betreffende Fläche wäre 3,14 Quadratkilometer. Das geht aus einem Gutachten hervor, das dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgelegt wurde. Der Autor dieses Gutachtens ist Rechtsanwalt Thomas Mock, es datiert vom 02.03.2023 und wurde im Auftrag der Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. erstellt, einer selbsternannten ‘freiheitlichen‘ Denkfabrik. Erhöht sich der Radius der Kontamination auf 1‘500 Meter, so wächst die betroffene Fläche auf 7,07 km².“ Faktisch müsste das zum Verbot von Windparks auf Agrarflächen führen.

Das Landesuntersuchungsamt in Rheinland-Pfalz rät dringend davon ab, Leber von Wildschweinen zu essen. Das Vermarkten und die Weiterverarbeitung in anderen Produkten sind sogar untersagt. Grund sind gesundheitliche Risiken, wie das Landesuntersuchungsamt am 19.08.2024 in einer Presseerklärung mitgeteilt hat. Das zeigten Untersuchungen im Auftrag des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM). Denn die [Leber von Wildschweinen ist mit Chemikalien wie PFAS stark belastet](#). Dabei handelt es sich um sogenannte perfluorierte und polyfluorierte Alkylsubstanzen. Das sind Chemikalien, die in vielen industriellen Prozessen eingesetzt werden und nur schwer abbaubar sind. Sie reichern sich sowohl im Wasser

als auch im Boden und im menschlichen Körper an, daher heißen sie Ewigkeitschemikalien. PFAS werden in Rotorblättern von Windrädern eingesetzt, wo sie durch Witterungseinfluss und Abrieb als Mikropartikel auf den Boden unter den Windrädern und dem nahen Umland fallen und diese Flächen kontaminieren.

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Holger Douglas](#), Jg. 1952, arbeitete als Wissenschafts- und Technikjournalist einst für SWR, ZDF und Al Jazeera. Er ist Autor von Büchern wie "Die Diesel-Lüge" und "Mit Vollgas gegen die Natur: Wie Umweltschutz zum Ökowahn wird". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Aktion Aufschrei: Mehr Aufrüstung, mehr Rüstungsexporte, weniger Zivilklauseln? Nein zur Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie!**

Anlässlich des internationalen Weltfriedenstages am 21.09.2024 haben verschiedene Initiativen und Organisationen die [Pläne der Bundesregierung zu einer "Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie" \(SVI\) massiv kritisiert](#). Die in dem Entwurf formulierten Maßnahmen sollen Deutschland gesamtgesellschaftlich und gesamtstaatlich "wehrhaft", sprich "kriegstüchtig" machen. 'Pax christi' fordert von der Bundesregierung, die Strategie fallen zu lassen, weil es jedem Friedensansatz widerspreche, Rüstungsexporte noch weiter zu fördern. Für DFG-VK und 'Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel' stellt eine Förderung des Waffenexport ohne Einzelfallprüfung und mit Minimierung etwaiger Wettbewerbsnachteile einen Albtraum dar. Für die 'Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden' wird mit dem Streben nach einer "Führungs- und Wirkungsüberlegenheit" ein "Ungleichgewicht des Schreckens" geschaffen, statt sich dem Ziel zu verschreiben, einen gerechten Interessenausgleich und menschliche Sicherheit zu schaffen. Die Initiativen und Organisationen fordern die Bundesregierung entsprechend Artikel 26 der UN-Charta auf, die Aufrüstung zu stoppen und auf lange Sicht die zivile Konversion der Rüstungsindustrie anzustreben.

Im Namen der Kampagne "[Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!](#)", 2011 ins Leben gerufen, engagieren sich mittlerweile über hundert Organisationen aus dem umwelt-, friedens- und entwicklungspolitischen Bereich sowie Kirchen gegen deutsche Rüstungsexporte. Die Kampagne setzt sich dafür ein, dass [Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportiert](#) werden, und dass die Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produktion umgestellt wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **TransitionNews: Deutschland will US-amerikanischen Atomwaffengegner ausweisen**

Die vom 82-jährigen US-Bürger Dennis DuVall geäußerte Meinung, dass er rechtlich verpflichtet ist, [sich der Planung und Vorbereitung eines Atomkriegs auf dem bundesdeutschen NATO-Stützpunkt Büchel zu widersetzen](#), wird von Deutschland als "ernsthafte Bedrohung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung" betrachtet. Daher wurde gegen DuVall eine entsprechende Ausweisungsverfügung zum 31.10.2024 ausgestellt. Für DuVall stellt die Verfügung einen Verstoß gegen internationales Recht und ein Verbrechen im Sinne der Nürnberger Charta und Grundsätze dar. DuVall bittet Friedens- und Antikriegsgruppen sowie Einzelpersonen um Unterstützung, z.B. durch respektvolle Briefe an das Ausländeramt des Landratsamts Bautzen, Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen.

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Ulrike Guérot: Friedensdemo München 1.9.2024 Rede Ulrike Guérot**

Am 1. September, am 85. Jahrestags des Angriffs von Nazi-Deutschland auf Polen, hat die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Ulrike Guérot eine [flammende Rede für den Frieden gehalten](#) (Video, 25m58). Dabei geht sie zuerst auf die fundamentale propagandistische Rolle der Leitmedien bei der Vorbereitung der Kriegstüchtigkeit ein. Dort werde nur von Waffenlieferungen und überhaupt nicht von Diplomatie geredet. Sie erinnert daran, dass in Krisenzeiten immer eine Verengung des Diskursrahmens stattgefunden hat. Sie "erkenne die Bundesrepublik und ihre einstigen gesellschaftlichen Verankerungen, ihre politischen Ziele, das Friedensgebot des Grundgesetzes, das Verbot von Waffenlieferung in Kriegsgebiete, ein geeintes Europa nicht wieder". Die Überhöhung des Krieges in der Ukraine, an der der militärisch-finanziell-industrielle Komplex wirkmächtig und profitierend bestimmend beteiligt sei, bringe sie zum Verzweifeln. Sie erinnert angesichts der 600'000 gefallenen oder verwundeten meist ukrainischen Soldaten, an die Soldatenfriedhöfe überall in Europa.

Sie erinnert aber auch daran, dass es noch vor kurzem das Ziel gewesen sei, eine Zukunft mit Europa als Friedensmacht zu bauen. Und daran, dass sich rund zwei Drittel der Bundesbürger Diplomatie und Friedensverhandlungen wünschen. Sie erinnert an Immanuel Kant, nach dem ein Staat, in dem ein Krieg über die Köpfe der Bürger und Mehrheiten der Bevölkerung hinweg beschlossen und geführt werden kann, keine Demokratie mehr sei. Das Verhalten des Werte-Westens stellt für Guérot eine Tragödie, eine geistige Verarmung, eine Aufkündigung der Vernunft, eine zivilisatorische Regression dar. Die Lehre von zwei Weltkriegen sei aufgekündigt und werde wahrscheinlich das Ende der EU bedeuten. Aber: "Die EU können wir getrost ziehen lassen, aber Europa darf nicht sterben. Europa muss wieder Friedensmacht sein, muss aus dem Frieden wieder seine Kraft, seine Stärke und seine Identität ziehen. Das ist, was Europa geübt über Jahrhunderte in einem Gleichgewicht der Mächte in die multipolare Welt des 21. Jahrhunderts einbringen müsste. [...] Die europäische Position kann in beiden Kriegen [Ukraine, Gaza] nur die einer Befriedung und der Neutralität sein, getragen von der Ambition, dass Europa mitwirkt an der Schaffung einer gleichberechtigten multipolaren Welt, anstatt sich von den USA spalten und demontieren zu lassen, dass Europa also jetzt an seine Zukunft denkt, an sein Erbe und an seinen Auftrag." Für Guérot ist es nicht mehr die Frage, "wer den Krieg in der Ukraine begonnen hat, sondern wer sich jetzt vehement für seine Beendigung einsetzt. Und das muss Europa sein, wenn es sein Erbe des 20. Jahrhunderts nicht verspielen will".

[Ulrike Guérot](#), Jg. 1964, ist Politikwissenschaftlerin und seit 2016 Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Sie ist Gründerin des 'European Democracy Labs' an der 'European School of Governance' in Berlin. Sie publizierte verschiedene Bücher zu Europa und die dortige Nationenbildung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Peter Gauweiler: Unsere Werte? - Friedens-Demo Berlin - 03.10.2024**

Der Redner Peter Gauweiler erinnert daran, dass man den derzeit in Europa wütenden Brand nicht mit Benzin löschen kann. Er erinnert auch daran, dass die deutsche Politik das Gründungsversprechen der Bundeswehr breche, nämlich, dass diese nur zur Landesverteidigung

aufgestellt werde, aber sich Deutschland seit den 90er Jahren an den Kriegen des Westens fernab jeglicher Landesverteidigung beteilige – Kriege, denen seit 1999 über 1 Million Menschen zum Opfer gefallen sind. Das Verurteilen und Verwünschen Russlands wegen seines Einmarschs in die Ukraine lösten den Konflikt nicht. Er weist auf die Worte von Papst Franziskus hin: [“Versucht zu verhandeln, sucht den Frieden!”](#) Er erinnert daran, dass Politik nicht Richten über andere Völker, sondern Problemlösen ist. Gauweiler wendet sich dagegen, “dass sich Deutschland militärisch immer mehr in den russischen-ukrainischen Krieg hineinziehen lässt. Ich halte es für hellen Wahnsinn, jetzt deutsche Raketen nach Russland schießen zu lassen.“ Er ruft Deutschland dazu auf, “die EU dazu bewegen, nicht weiter den Krieg und das Waffenmanagement zu ihrer Sache zu machen, sondern das wechselseitige, vollständige und bedingungslose Niederlegen der Waffen. Danach lasst uns alle streben und das ist die zeithistorische Aufgabe des wiedervereinigten Deutschlands und seiner Politik.“ Und er mahnt: “Dem Eskalieren von Meinungsverschiedenheiten zu bewaffneten Konflikten, von bewaffneten Konflikten zu Kriegen und von Kriegen zu Atomkriegen mit allen Sinnen und Kräften entgegenzutreten, ist eine Menschheitsaufgabe.“

[Peter Gauweiler](#), Jg. 1949, ist Rechtsanwalt und ehemaliger langjähriger CSU-Politiker. Von 1986 bis 1990 war er Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern und von 1990 bis 1994 Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen. Von 1990 bis 2002 war er Abgeordneter im Bayerischen Landtag, von 2002 bis März 2015 Bundestagsabgeordneter. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Der schmutzige Krieg gegen die Palästinenser wird auf den Libanon ausgeweitet**

Während am 23.09.2024 in der UN-Vollversammlung dazu aufgerufen wurde, eine “Zukunft für unsere Enkelkinder zu schaffen“, begann für die Libanesen in den frühen Morgenstunden laut Karin Leukefeld der tödlichste Tag seit dem Bürgerkrieg, der von 1975 bis 1990 dauerte. An diesem Tag wurden mindestens 492 Menschen in einem israelischen Bombenhagel getötet, mehr als 1’600 verletzt. Angesichts der gigantischen Explosionen in Dörfern und Städten im Südlibanon flüchteten mehr als 100’000 Menschen in überfüllten Autos in Richtung Norden. In Beirut werden Schulen und Universitäten für die Inlandsvertriebenen geöffnet. Die Bewohner des Südlibanon wurden auf ihren Mobiltelefonen durch Anrufe und mit SMS-Nachrichten, aber auch mit abgeworfenen Flugblättern von der israelischen Armee aufgefordert, ihre Wohnstätten zu verlassen und sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen, da sich in ihrer Nähe Waffenlager der Hisbollah befinden würden, die in zwei Stunden zerstört würden. Der israelische Verteidigungsminister [Yoav Gallant erklärte, die Angriffe auf Libanon würden fortgesetzt, bis Israel sein Ziel erreicht habe](#). Das Ziel sei, “dass die Bewohner des nördlichen Israels sicher in ihre Häuser zurückkehren können.“ Die Aussage des US-Außenministeriums, nichts über den massenhaften Angriff Israels gewusst zu haben, widerspricht der Aussage des Pentagon, “über eine geplante militärische Operation“ informiert gewesen zu sein. Um US-Personal in der Region zu stützen will der US-Verteidigungsminister die Militärbasen, wo bisher ca. 40’000 Soldaten stationiert sind, in der Region aufstocken.

In Ihrem Artikel beschäftigt sich Leukefeld auch ausführlich mit dem Konflikt in Palästina, insbesondere mit dem Aspekt des Völkerrechts und der Mitmenschlichkeit. Sie zitiert den UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk, der die Ermordungen im Libanon und Syrien unter Nutzung von manipulierten Pagern und Funkgeräten eine “neue Entwicklung der Kriegsführung“ nannte: “Kommunikationsgeräte werden Waffen“. Türk forderte laut Leukefeld bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates “einen sofortigen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe für die Bevölkerung im gesamten Gaza-Streifen, bedingungslose Freilassung aller Geiseln in Gaza und ein Ende der willkürlichen Inhaftierung von Tausenden Palästinensern durch Israel. Entsprechend der UN-Rolle forderte Türk sowohl Israel als auch die Hisbollah auf, die

Feindseligkeiten zu reduzieren. Unerwähnt blieb, was doch alle Beteiligten sehr wohl wissen: die Hisbollah hat wiederholt ein Ende ihrer 'Unterstützungsfront' für den Gaza-Streifen erklärt, sobald es einen Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel gibt.“ Auf der fraglichen Sitzung des UN-Sicherheitsrates gab es keine Entscheidung, weder zur Verurteilung Israels noch dazu, die Hisbollah zu einer "Terrororganisation" zu erklären.

Nach Leukefeld stellt der Beschluss der Hisbollah auf militärische Stellungen im Norden Israels und auf die besetzten und annektierten Golanhöhen eine Reaktion auf die Bombardierung eines Wohnhauses in Beirut durch die Luftwaffe Israels, wobei 51 Menschen zu Tode kamen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

● Thomas Röper: **UN-Vollversammlung stimmt für das Ende der israelischen Besetzung Palästinas**

Am 18.09.2024 hat die UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit von 124 zu 14 Stimmen die [Resolution A/ES-10/L.31/Rec.1](#) verabschiedet, die [Israels Vorgehen in Palästina verurteilt und von Israel laut Pressemitteilung sehr konkret fordert, "sich an das Völkerrecht zu halten](#) und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen, alle Siedler aus den besetzten Gebieten zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen. Die Generalversammlung forderte Israel außerdem auf, Land und anderes 'unbewegliches Eigentum' sowie alle seit Beginn der Besetzung anno 1967 beschlagnahmten Vermögenswerte und alle Kulturgüter und Vermögenswerte, die Palästinensern und palästinensischen Einrichtungen entzogen wurden, zurückzugeben. In der Resolution wird Israel außerdem aufgefordert, allen während der Besetzung vertriebenen Palästinensern die Rückkehr an ihren Herkunftsort zu ermöglichen und für die durch die Besetzung verursachten Schäden Wiedergutmachung zu leisten. Die Resolution geht auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli zurück. [...]

Ferner wird anerkannt, dass Israel für alle Verstöße gegen das Völkerrecht in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich der internationalen humanitären und Menschenrechtsgesetze, zur Verantwortung gezogen werden muss. Der Text besagt, dass Israel 'die rechtlichen Konsequenzen all seiner völkerrechtswidrigen Handlungen tragen muss, einschließlich der Wiedergutmachung für die durch solche Handlungen verursachten Verletzungen, einschließlich aller Schäden'. [...] In ihrer Resolution forderte die Generalversammlung alle UN-Mitgliedstaaten auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und konkrete Schritte zu unternehmen, um gegen die anhaltende Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten vorzugehen. Die Versammlung forderte die Staaten auf, die Anwesenheit Israels in dem Gebiet nicht als rechtmäßig anzuerkennen und sicherzustellen, dass sie keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die Besetzung geschaffenen Situation leisten. Dazu gehört auch, dass sie Maßnahmen ergreifen, um ihre Staatsangehörigen, Unternehmen und Einrichtungen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterstehen, daran zu hindern, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die die israelische Besetzung unterstützen oder aufrechterhalten. Darüber hinaus forderte die Versammlung die Staaten auf, die Einfuhr von Produkten aus israelischen Siedlungen einzustellen und den Transfer von Waffen, Munition und zugehöriger Ausrüstung nach Israel zu stoppen, wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie in den besetzten palästinensischen Gebieten eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus werden die Staaten in der Resolution aufgefordert, Sanktionen wie Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten gegen Personen und Einrichtungen zu verhängen, die an der Aufrechterhaltung der unrechtmäßigen Präsenz Israels in dem Gebiet beteiligt sind. Dazu gehört auch die

Auseinandersetzung mit der Gewalt der Siedler und die Sicherstellung, dass diejenigen, die an diesen Aktivitäten beteiligt sind, mit rechtlichen und finanziellen Konsequenzen rechnen müssen.“

Unter den 14 Staaten, die sich dagegen ausgesprochen haben, waren die USA, Israel, Tschechien, Argentinien, Japan und Ungarn. Enthalten haben sich 43 Staaten, darunter Deutschland, Österreich, Großbritannien, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Kanada, Südkorea und Australien.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **“Die USA haben Netanjahu nicht unter Kontrolle“**

Auch wenn der Vergeltungsschlag des Iran für die Tötung von Ismail Hanijas noch nicht erfolgt ist, ist sich Jacques Baud sicher, dass er noch kommt. Zuvor habe sich der Iran zunächst der uneingeschränkten Unterstützung durch die arabischen Staaten versichern wollen, Das sei nun bei der Konferenz der OIC erreicht worden. “Der Iran wird reagieren, weil er überzeugt ist, reagieren zu müssen. Aber er hat nur sehr begrenzte Möglichkeiten, denn sonst könnte die Reaktion einen Regionalkrieg auslösen.“ Hinsichtlich des Kriegs gegen die Hamas steht Netanjahu laut Baud “vor einer strategischen Niederlage. [...] Viele Staaten haben sich an der Klage Südafrikas gegen Israel beteiligt. Die Huthis haben den Schiffsverkehr durch das Rote Meer Richtung Eilat nahezu vollständig zum Erliegen gebracht.“ [Netanjahu habe keines seiner Ziele erreicht](#), auch weil sie nicht verstanden haben, gegen eine Widerstandsbewegung und nicht gegen einen konventionellen Feind zu kämpfen. “In Wirklichkeit kontrollieren die israelischen Streitkräfte trotz der vielen getöteten Palästinenser keines der Gebiete, die sie besetzt und zerstört haben.“ Baud hat den Eindruck: “Die Israeli wollen das Problem lösen, indem sie alle Palästinenser vernichten. Dabei haben sie die volle Unterstützung unserer Politiker und Journalisten. Die strategische Lage wird immer schlimmer. Innerhalb des Landes, im Norden mit der Hisbollah und dem Iran. Die Situation in Israel ist katastrophal.“ Aber auch die Stimmung gegenüber Israel in den arabischen Staaten und der westlichen Welt werde negativer. Trotzdem setze Netanjahu weiter auf Krieg und die unbegrenzte Unterstützung durch die USA. Aber die USA halten sich angesichts der anstehenden Wahlen zurück.

Der verlinkte Artikel ist nicht unbedingt tagesaktuell, legt aber Wert auf eine übergeordnete Sicht. (Red.)

[Zeitgeschehen im Fokus](#) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Gabriele Krone-Schmalz: 37. Pleisweiler Gespräch mit Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**

Gabriele Krone-Schmalz beginnt die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs mit der von außen beeinflussten Auflösung der Sowjetunion und dem anschließenden Weg ins Chaos (Vortrags-Video, 1h15). Der heutige russische Präsident Wladimir Putin hatte trotz der negativen Einflussnahme des Westens in seiner ersten Amtszeit dem Westen ein fundamentales Angebot der

Zusammenarbeit gemacht – bis hin zu einer Sicherheitsarchitektur, die Russland mit einschließt. Aber statt, das Angebot anzunehmen, wurde weiterhin die Angst vor Russland geschürt. Es interessierte nicht, dass Moskau chronologisch nachweisbar an Kooperation interessiert und keinerlei Bedrohung war. Die für den Ukraine-Konflikt mit ausschlaggebende NATO-Osterweiterung war selbst für den Chefstrategen der US-Eindämmungsstrategie, George Kennan, ein tragischer Fehler.

Die Schmerzgrenze Russlands war mit der NATO-Perspektive der Ukraine überschritten. Und das vor dem Hintergrund der großen Verletzlichkeit Russlands mit seinen Grenzen zu nicht nur freundlich gesinnten unmittelbaren Nachbarn. Und vor dem Hintergrund schrecklicher historischer Erfahrungen (Napoleon, Zweiter Weltkrieg). Krone-Schmalz erinnert auch an die beiden Minsk-Abkommen, die vom Westen nicht ernstgemeint waren. Und daran, wer die Abrüstungsverträge gekündigt hat. [Das Flehen von Putin um Sicherheitsgarantien wurde in Washington ignoriert](#). Für Krone-Schmalz ist Friedenspolitik der Versuch, zu einem ehrlich gemeinten Interessensausgleich zu kommen. Von der gegenwärtigen Entwicklung profitieren nur die USA, die sich das Recht nehmen, weltweit mit Gewalt allein für ihre Interessen einzugreifen. Diplomatische Übereinkünfte mit Russland werden von den Angelsachsen unterbunden, siehe Verhandlungen in Istanbul.

Die Ukraine, die den Krieg nicht mehr lange durchhalten könne, werde auf dem Altar der US-Interessen geopfert. Mit wachsender Verzweiflung Kiews werde es immer wahrscheinlicher, dass es zu weiteren Versuchen kommt, die NATO in den Krieg hineinzuziehen. Die Stationierung weitreichender Raketen in Deutschland ohne demokratische Debatte war schon vor dem Ukraine-Krieg geplant, ist eine einseitige Entscheidung der USA und kann in Moskau nur als Bedrohung aufgefasst werden. Dadurch wird sich die Sicherheit Deutschlands nicht verbessern.

Hinsichtlich der Sprachnutzung geht Krone-Schmalz auf das Messen mit zweierlei Maß ein, was nicht helfe, Konflikte friedlich zu lösen. Die Frage des Friedens steht für Krone-Schmalz weit über dem Anliegen Klimaschutz. Sie ruft dazu auf, wieder zu einer Ausgleich suchenden Ostpolitik und zu einer offenen und faktenbasierten öffentlichen Debatte zurückzukehren. – [Link zur anschließenden Diskussion](#) (Video, 1h02).

Gabriele Krone-Schmalz, Jg. 1949, studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik; deutsche Fernsehjournalistin und Autorin, Mitglied im 'Petersburger Dialog' und im Kuratorium 'Deutsch-Russisches Forum'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Multipolar: Kujat: “Diesen Krieg kann niemand gewinnen“**

In einer Aufhebung der Reichweitebegrenzung von Raketen durch die USA und Großbritannien sähe der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, einen “erheblichen Eskalationsschritt zur Erhöhung der Kampfhandlungen“. Kujat stellte in einem Interview einer weiteren Eskalation die [Notwendigkeit von Verhandlungen](#) entgegen und verwies dazu auf den Vorschlag Chinas, die Verhandlungen dort fortzuführen, wo sie 2022 in Istanbul abgebrochen worden waren. Dies sei schwierig aber immerhin ein Anfang. Kujat wies immer wieder auf die Notwendigkeit von Realismus und Verhandlungen hin. Beide Seiten hätten ihre politischen Ziele des Krieges nicht erreicht, aber ein Ergebnis wie in Istanbul oder entsprechend dem 10-Punkte-Plan von Selenskyj sei aufgrund der Lage auf dem Schlachtfeld nicht erreichbar. Komme es nicht zu Verhandlungen, erwartet Kujat eine “katastrophale militärische Niederlage“, zu der auch der Westen einen Beitrag geleistet habe. Außerdem könne es für die Unterstützung der Ukraine durch die USA ein Verfallsdatum geben, wenn im November Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt würde.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Effenberger & Amir Mortasawi: **Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Joe Biden**

In einem Offenen Brief an den US-Präsidenten Joe Biden, der am 10.10.2024 Deutschland besuchen will, erinnern Wolfgang Effenberger und Amir Mortasawi an die unter Mitwirkung von Biden verabschiedeten Strategiepapiere. All diese Strategien sollen dem "Aufbau eines dauerhaften Vorteils für die USA" dienen. Die beiden Unterzeichner fragen Biden: "Wie will ein Land mit diesen Ansprüchen dauerhaft in Frieden mit anderen Nationen leben?" Sie fordern Biden auf zu verhindern, dass der durch diese Ansprüche angetriebenen laufenden Kampf um eine entsprechende Weltordnung "der Planet in eine beispiellose Katastrophe taumeln" lassen könnte. Er könne das verhindern: "[Machen Sie Schluss mit dem Krieg gegen Russland, Herr Präsident!](#) Die USA müssen sich mit der Welt – außen wie innen – versöhnen! Helfen Sie, das US-Streben nach einer unipolaren Weltordnung sowie den von den USA eingeforderten Exzeptionalismus aufzugeben. In einer multipolaren Weltordnung werden die USA als Partner dringend gebraucht. Gehen Sie als der wahre Friedenspräsident der USA in die Geschichte ein!" ([Englische Version](#)).

[Wolfgang Effenberger](#); Jg. 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Amir Mortasawi](#) (alias Afsane Bahar) ist Facharzt für Herzchirurgie, arbeitet als fachgebundener Psychotherapeut und in der suchtmedizinischen Grundversorgung; staatlich geprüfter Übersetzer (Persisch). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Leo Ensel: **Raissa Gorbatschowa: Die Welt ahnt nicht, was sie dieser Frau verdankt!**

Vor 25 Jahren, am 20. September 1999, starb Raissa Gorbatschowa in Münster an myeloische Leukämie. Die Bedeutung der Philosophieprofessorin für die Ideen von Perestroika und Glasnost sowie für die Entwicklung des "Neuen Denkens" wird laut Leo Ensel immer noch unterschätzt. Sie war nicht nur die einzige sowjetische First Lady. Ihre Klugheit und ihre Bildung brachten ihr überall Respekt ein. Zusammen mit ihrem Mann Michail Gorbatschow [war sie der Deutschen "personifizierte Hoffnung auf eine bessere Welt](#), auf eine Welt ohne die brandgefährliche Ost-West-Konfrontation, auf eine Welt, endlich befreit von der Atomkriegsgefahr und den erdrückenden Lasten des Wettrüstens". Aber sie und ihr Mann wussten auch, dass ihre Politik nicht nur in der Sowjetunion mit argwöhnischen Augen verfolgt, sondern auch durch das Verhalten der westlichen Staaten zu Fall gebracht werden konnte. So sagte sie dem deutschen Außenminister Dietrich Genscher unter vier Augen: "Herr Genscher, Sie wissen hoffentlich, was mein Mann riskiert! Es wird ganz wichtig sein, dass Deutschland alle seine Verpflichtungen, die Sie übernehmen, auch einhält!"

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt](#) ↑